Tageblatt für Politik. Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–5, Sonntags bis 12 Uhr. Zu Neustadt: Gr. Klostergasse 5, nur an Wochentagen bis 5 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich Eingesandt: Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Gewähr für die nächsttägige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Postanweisung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 48,500 Stück. Dresden, 1890.

Meyer's Joppen von 6½ M. an, Schlafröcke von 12 M. an
Dresdner Schlafrock-Fabrik von **S. Meyer jun.**, Frauenstr. 4 u. 5.

Aepfelwein eigener Kelterei empfiehlt unter Garantie völliger Reinheit u. Güte, à Liter **40 Pfg.**, in Gebinden billiger **C. H. Kühn**, Dresden-N., Böhmischestr. 1, Eingang Alaunstr.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 7 empfiehlt in grösster Auswahl: **Eiserne Oefen und Herde**, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

W. Höffert, Kgl. Sächs. u. Kgl. Preuss. Hofphotograph, Dresden, Kaufhaus, Seestrasse No. 10. Berlin, Leipzigerplatz 12.

Erste und grösste **Masken- u. Theatergarderobe** **Max Jacobi**, 2 Galeriestrasse 2, part. und erste Etage. **Dominos** in vorzügl. Auswahl für Herren und Damen. Aufträge nach auswärts werden prompt effectuirt. Telephon 389.

Prof. Dr. Jäger's Kameelhaar-Decken. Grösse 150/205 Mk. 17.50, 20.00, 22.00, 24.00, 27.00, Grösse 160/225 Mk. 30.00 und 32.00. Der Stempel erhöht den Preis **nicht**, sondern leistet nur Garantie für Echtheit der Waare. **Jean Schieme Nachf.**, Schloss-Strasse 26.

Nr. 37. Spiegel: Französisch-russisches Bündniß. Schreckbilder in der Wahlbewegung. Landtagsverhandlungen. Loschwitz-Blasewitzer Brückenprojekt. Ununterbrochene Geschäftszeit. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Vortragsabend Schramm-Macdonald. **Donnerstag, 6. Februar.**

Verantwortlicher Redakteur für **Politisches** Dr. Emil Bierey in Dresden.

„Gebt uns viele Lebel-Gewehre und viele entschlossene Soldaten, das Uebrige kommt von selbst." Diesen Schluß zieht das Hauptblatt der Republikaner Frankreichs, die „Rep. Franç.", aus den Erörterungen über die Stoffel'sche Flugschrift. Unter dem „Uebrigen" ist natürlich die russische Bundesgenossenschaft zu verstehen. Frankreich wird sie, meint das Blatt, sicher erhalten, sobald es sein zahlreiches Heer mit den neuen Hinterladern ausgerüstet hat. Jener Ausspruch erinnert an das bekannte Wort des alten Napoleon: „Gott ist mit den starken Bataillonen". Das unausgesetzte Liebeswerben der Franzosen um die Gunst Rußlands hat jedoch das Zarenreich selbst stutzig gemacht. Die scheinbar glühenden Sympathieen der Franzosen für Rußland sollen, dahinter kommen die Russen allmählich, sie nur bewegen, für die Franzosen Elsaß-Lothringen „aus dem Feuer der deutschen Magazingewehre herauszuholen". Hätten sie aber den Franzosen diesen Liebesdienst erwiesen, wäre Frankreich befriedigt, dann würde dasselbe der Feind Rußlands werden, an die Spitze eines europäischen Bündnisses treten und Rußland aus Europa hinausdrängen und nach Asien zurückwerfen. Dieser Gedanke sagt den Russen umso weniger zu, als sie in den Augen der Franzosen nur Barbaren seien. Mit einem Wort: Rußland ist entrüstet, daß es von den Franzosen nur zu einem Popanz verwendet werden soll, um Deutschland zu schrecken. Wer verschuldet denn überhaupt (diese Frage wirft man in Rußland auf) die übergroßen Kriegslasten, die jeden Steuerzahler drücken? Im Gegensatz zu unseren Sozialdemokraten, die hierfür den Reichstag verantwortlich machen möchten, sagen die Russen und darin haben sie unzweifelhaft Recht: Die Franzosen und nur die Franzosen allein. Daran wollen wir Deutschen denken, wenn wir in der Wahlbewegung immer wieder die Vorwürfe hören, als ob der letzte Reichstag unnöthigerweise große Geldmittel zum Schutze der deutschen Grenzen bewilligt habe. Die volle Gefahr, in welcher Deutschland um die Wende des Jahres 1886/87 stand, haben wir erst nachträglich erfahren. Kaiser Wilhelm I. und Bismarck waren von dem, was sich in Frankreich vorbereitete, natürlich längst vorher unterrichtet. Es wäre ein Frevel gewesen, in solcher Lage der Dinge über das Triennat oder Septennat einen Verfassungsstreit mit der Reichsregierung hervorzurufen.

Auch jetzt warnen wir die Wähler, solche Abgeordnete in den Reichstag zu entsenden, die auf neue Zerwürfnisse mit der Regierung lossteuern. „Die Entwickelung im Reiche soll im ruhigen, steten Gange erhalten bleiben. „Die ganze Vergangenheit", rief am letzten Sonntag Herr Miquel seinen Wählern in Kaiserslautern zu, „lehrt mich, daß nur durch ein verständiges Zusammenwirken von Regierung und Parlament, durch besonnenes, ununterbrochenes Fortschreiten die deutsche Nation zu ihrer Machtstellung gekommen ist. Wir wollen Schritt für Schritt vorwärts gehen, die Welt springt überhaupt nicht, sie geht." Wer das Reich durch die Wahl einer feindlichen Reichstagsmehrheit, durch Aufwerfen unerfüllbarer Forderungen verhindern will, sich ruhig zu entwickeln, der versündigt sich an seinem Vaterlande. Aufgabe der Vaterlandsfreunde hingegen ist es, die Machtstellung und Entwickelung des Reiches „unverletzt an Gütern und Ehren auf die Nachkommen zu übertragen".

Wer sich der 87er Wahlbewegung erinnert, der weiß, daß die feindlichen Parteien die Wähler durch allerhand Schreckbilder in's deutschfreisinnig-sozialdemokratische Lager zu treiben suchten. Man erklärte die bürgerliche Freiheit für bedroht, das allgemeine Wahlrecht und die Verfassungsrechte des Reichstages für gefährdet, das Tabaksmonopol im Anzuge und dergl. Was ist von alledem eingetreten? Hat Jemand den Versuch unternommen, die Rechte des Reichstages oder die bürgerliche Freiheit einzuschränken oder das Wahlrecht zu verstümmeln? Das Tabaks- oder ein anderes Monopol einzuführen? Darum verschone man die Wähler jetzt mit dem Wiederheraufbeschwören ähnlicher Schreckbilder, von einer Reaktion u. dgl.! Von den Flugblättern und Rednern der Freisinnigen und der Sozialdemokratie wird eine förmliche Carrikatur des letzten Reichstages entworfen. Auch die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter will man dem Volke verekeln. Während das Ausland mit Bewunderung von diesem noch zu keiner Zeit und von keinem Volke unternommenen Werke (11–12 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen für die Tage der Erwerbsunfähigkeit vor drückender Noth zu sichern) spricht, während z. B. der italienische Prof. Luzzati das Gesetz als „ein riesenhaftes Werk, geschmiedet von dem Hammer eines sozialen Cyklopen" preist, wird es daheim mit giftigem Hasse verfolgt und leider von einer Seite, die behauptet, die Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen in alleinigen Pacht genommen zu haben. Man will den Arbeitern einreden, daß sie allein die Kosten des großen Werkes zu tragen haben. Bekanntlich sind aber die jährlichen Zahlungen gleichmäßig zu einem Drittel vom Reiche, von den Arbeitgebern und von den Arbeitern aufzubringen. Dafür werden bei der Armenpflege 40–50 Mill. Mk. jährlich erspart, zu denen doch zeither die gemeindesteuerpflichtigen Arbeiter ebenfalls mit beizutragen hatten. Vor Allem aber erhält der Arbeiter an Stelle der drückenden Armenunterstützung künftig gesetzlich erworbene Renten, noch nicht so hoch, um einen Mann vollständig zu erhalten, aber einen werthvollen Zuschuß zu seinem Lebensunterhalte. Auf diese soziale That beschränkte sich aber der Reichstag nicht; er dehnte u. A. die Unfallversicherung auf die bis dahin davon ausgeschlossenen Seeleute und Bauhandwerker aus. Durch das Genossenschaftsgesetz eröffnete er der Entwickelung des Genossenschaftswesens neue Bahnen und bot der Ergänzung der wirthschaftlichen Thätigkeit des Einzelnen im Wege genossenschaftlicher Selbsthilfe eine neue Unterlage. Daß der Reichstag die Dauer der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre ausdehnte, wird ihm zu einem Kapitalverbrechen angerechnet; das sei ein wahrer Verrath an politischer Freiheit. Nun wird in der franz. Republik das Parlament auf 6, in England auf 7, in Italien und Ungarn auf 5 Jahre gewählt. Sind denn dies, fragte Miquel seine Pfälzer Wähler, so despotisch regierte Länder? Eine längere Dauer des Reichstages gestattet ein ruhigeres Arbeiten und namentlich das Innehalten eines ordentlichen Geschäfts- und Arbeitsplanes. Jetzt dient zu den eigentlichen Arbeiten des Reichstages nur das 2. Jahr, das erste ist mit dem Nachhalle der Wahlkämpfe, das dritte mit der Vorbereitung zu neuen Wahlkämpfen ausgefüllt. Das haben wir ja bei dem letzten Reichstage erlebt.

Was hat man da gegen die indirekten Steuern gewettert! Kann sich denn ein Staatswesen ohne dieselben behelfen? Sind sie in Deutschland höher als in anderen Kulturländern? In Frankreich kommen an indirekten Steuern 45 Mk. 60 Pfg., in England 31 Mk. 80 Pfg., in Deutschland 8 Mk. 90 Pfg. auf den Kopf der Bevölkerung. Dabei herrscht in England der Freihandel, in Frankreich aber der Schutzzoll; gerade die radikalsten Elemente in Frankreich stehen an der Spitze der Schutzzollbewegung und genniren sich gar nicht vor industriellen und landwirthschaftlichen Zöllen. Das Gleiche gilt von Nordamerika, dessen Schutzzölle die unsrigen bei Weitem übersteigen. Die jetzigen Anklagen gegen unsere Schutzzölle sind umso frivoler, als die Deutschfreisinnigen sich im Reichstage gehütet haben, den Antrag auf ihre Beseitigung einzubringen. Die gesammte Industrie würde sich gegen den ihr damit zugedachten Schlag auflehnen. Was soll an die Stelle der Zölle und indirekten Steuern gesetzt werden? Man empfiehlt, auf die Einkommensteuer der Einzelstaaten noch eine Reichseinkommensteuer zu pfropfen. Das würde zu einer Steuerlast führen, die einfach unerträglich wäre. 9 Mark direkte Steuern auf den Kopf, welche Arbeiter- oder Handwerker-Familie von 5 Köpfen kann 45 M. allein Reichs-Einkommensteuer (ohne die staatliche) aufbringen? Mag Preußen zunächst eine neue Einkommensteuer einführen, mögen die anderen Staaten die ihrigen verbessern, in der Richtung, daß der mittlere Besitz geschont und die unteren Volksklassen entlastet werden, zu solchem Thun werden die Conservativen und Liberalen in allen Bundesstaaten jederzeit zu haben sein; aber die ganzen Staats- und Reichslasten durch zwei Einkommensteuern zu bestreiten, das geht zu weit. Selbst die Sozialdemokratie, die sonst die Schutzzölle in Grund und Boden verwirft, entdeckt an ihnen allmählich auch freundliche Seiten. Ein im 6. sächsischen Wahlkreis verbreitetes Flugblatt der Sozialdemokratie erklärt: „Die sozialdemokratische Partei hält Schutzzölle nur insoweit für nothwendig, als sie der heimischen Industrie und dem Verbrauche dienen". Na also! Mehr haben die staatserhaltenden Parteien auch nie verlangt.

Wichtige Aufgaben erwarten den nächsten Reichstag: Herr Miquel erinnert nur an die ersehnte Herstellung der deutschen Rechtseinheit durch Verabschiedung eines bürgerlichen Gesetzbuches, an die sozialen Reformen, an die Schuldentilgung. Hierzu brauchen wir Männer von Einsicht und Thatkraft, solche, die nicht jedes positive Schaffen der Reichsregierung hintertreiben, sondern sie darin zum Heile des Ganzen unterstützen. Die Regierung ist dabei auf die Mitwirkung jedes Patrioten, jedes verständig denkenden Bürgers angewiesen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 5. Februar.

Berlin. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht zwei bedeutsame kaiserliche Erlasse vom 4. Februar. Der erste Erlaß ist an den Reichskanzler gerichtet und lautet:

„Ich bin entschlossen, zur Verbesserung der Lage der deutschen Arbeiter die Hand zu bieten, soweit die Grenzen es gestatten, welche meiner Fürsorge durch die Nothwendigkeit gezogen werden, die deutsche Industrie auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu erhalten und dadurch ihre und der Arbeiter Existenz zu sichern. Der Rückgang der heimischen Betriebe durch den Verlust ihres Absatzes im Auslande würden nicht nur die Unternehmer, sondern auch ihre Arbeiter brotlos machen. Die in der internationalen Konkurrenz begründeten Schwierigkeiten der Verbesserung der Lage unserer Arbeiter lassen sich nur durch internationale Verständigung der an der Herrschaft des Weltmarktes betheiligten Länder, wenn nicht überwinden, doch abschwächen. In der Ueberzeugung, daß auch andere Regierungen von dem Wunsche beseelt sind, die Bestrebungen einer gemeinsamen Prüfung zu unterziehen, über welche die Arbeiter dieser Länder unter sich schon internationale Verhandlungen führen, will Ich, daß zunächst in Frankreich, England, Belgien und der Schweiz durch Meine dortigen Vertreter amtlich dort angefragt werde, ob die Regierungen geneigt sind, mit Uns in Unterhandlungen zu treten behufs einer internationalen Verständigung über die Möglichkeit, denjenigen Bedürfnissen und Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen, welche in den Ausständen der letzten Jahre und anderweit zu Tage getreten sind. Sobald die Zustimmung zu Meiner Anregung im Prinzip gewonnen sein wird, beauftrage Ich Sie, die Kabinete aller der Regierungen, welche an der Arbeiterfrage den gleichen Antheil nehmen, zu einer Konferenz behufs Berathung über die einschlägigen Fragen zusammenzutreten. Wilhelm. I. R."

Der zweite Erlaß ist an die Minister der öffentlichen Arbeiten und für Handel und Gewerbe gerichtet und lautet:

„Bei Meinem Regierungsantritt habe ich meinen Entschluß kundgegeben, die fernere Entwickelung unserer Gesetzgebung in der gleichen Richtung zu fördern, in welcher Mein in Gott ruhender Großvater sich der Fürsorge für den wirthschaftlich schwächeren Theil des Volkes im Geiste christlicher Sittenlehre angenommen hat. So werthvoll und erfolgreich die durch die Gesetzgebung und Verwaltung zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes bisher getroffenen Maßnahmen sind, so erfüllen dieselben doch nicht die ganze, Mir gestellte Aufgabe. Neben dem weiteren Ausbau der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung sind die bestehenden Vorschriften der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter einer Prüfung zu unterziehen, um den auf diesem Gebiete laut gewordenen Klagen und Wünschen, soweit sie begründet sind, gerecht zu werden. Diese Prüfung hat davon auszugehen, daß es eine der Aufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirthschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben. Für die Pflege des Friedens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind gesetzliche Bestimmungen über die Formen in Aussicht zu nehmen, in denen die Arbeiter durch Vertreter, welche ihr Vertrauen besitzen, an der Regelung gemeinsamer Angelegenheiten betheiligt und zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei Verhandlungen mit den Arbeitgebern und mit den Organen Meiner Regierung befähigt werden. Durch eine solche Einrichtung ist den Arbeitern der freie und friedliche Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit den letzteren Fühlung zu nehmen. Die staatlichen Bergwerke wünsche Ich bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musteranstalten entwickeln zu sehen und für den Privatbergbau erstrebe Ich die Herstellung eines organischen Verhältnisses Meiner Bergbeamten zu dem Betrieb behufs einer der Stellung der Fabrikinspektionen entsprechenden Aufsicht, wie sie bis zum Jahre 1865 bestanden hat. Zur Vorberathung dieser Frage will Ich, daß der Staatsrath unter Meinem Vorsitze und unter Zuziehung derjenigen sachkundigen Personen zusammentrete, welche Ich dazu berufen werde. Die Auswahl der letzteren behalte Ich Meiner Bestimmung vor. Unter den Schwierigkeiten, welche der Ordnung der Arbeiterverhältnisse in dem von Mir beabsichtigten Sinne entgegenstehen, nehmen diejenigen, welche aus der Nothwendigkeit der Schonung der heimischen Industrie in ihrem Wettbewerb mit dem Auslande sich ergeben, eine hervorragende Stelle ein. Ich habe daher den Reichskanzler angewiesen, bei der Regierung der Staaten, deren Industrie mit der unsrigen den Weltmarkt beherrscht, den Zusammentritt einer Konferenz anzuregen, um die Herbeiführung gleichmäßiger internationaler Regelungen der Grenzen für die Anforderungen anzustreben, welche an die Thätigkeit der Arbeiter gestellt werden dürfen. Der Reichskanzler wird Ihnen eine Abschrift Meines an ihn gerichteten Erlasses mittheilen. Wilhelm. I. R."

Berlin. Der Kaiser besuchte heute das Atelier des Prof. Begas, um daselbst ein Modell des Kaiser-Wilhelmdenkmals zu besichtigen.

Berlin. Der Ausschuß der Berliner Stadtverordnetenversammlung zur Vorbereitung der Oberbürgermeisterwahl hat einstimmig beschlossen, die Wiederwahl des Oberbürgermeisters v. Forckenbeck zu empfehlen.

Koblenz. Die verstorbene Kaiserin Augusta hat der Stadt Koblenz testamentarisch 150,000 Mk. ausgesetzt, davon sollen 85,000 Mk. zu Zwecken der Rhein-Anlagen und 15,000 Mk. für mildthätige Anstalten verwendet werden. — Die „Koblenzer Volks-Ztg." will wissen, der Regierungspräsident zu Hannover, Graf Wilhelm Bismarck, sei zum Oberpräsidenten der Rheinprovinz ausersehen.

Wien. Der Kaiser verlängerte die Hoftrauer für die Mitglieder des Kaiserhauses für weiland Kronprinz Rudolph um 6 Wochen.

Berliner Börse. Angebliche Bemerkungen des Reichskanzlers über eine eventuelle neue Börsensteuer beim gestrigen parlamentarischen Diner galten als Ursache für die heutige abwartende Haltung. Banken waren still und vorwiegend etwas schwächer, deutsche Bahnen wurden zu höheren Kursen gut gefragt, auch österreichische Bahnen waren zumeist recht fest, nur Duxer auf Realisationen schwächer. Bergwerke setzten höher ein, besonders wurden Kohlen gut gefragt. Fremde Renten waren still und wenig verändert. Im späteren Verlaufe konzentrirte sich das Interesse vorzugsweise auf deutsche Bahnen. Im Kassaverkehr waren Banken ruhig, Eisenbahnen fest, auch für Bergwerke bestand eine günstige Stimmung, während andere Industriepapiere meist schwach blieben. Oesterreichische Prioritäten unverändert. Privatdiskont 3⅛ Proz. Nachbörse fest. — Wetter: Bedeckt, kühl, W.-N.-W.-Wind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 273,63. Staatsb. 189,00. Lomb. 117,75. Galizier —,—. Egypter 94,80. unrar. Ung. Goldr. 89,84. Diskonto 261,50. Dresdn. Bk. 161,50. Laura 169,20. Gelsenkirchen —,—. Behauptet.

Wien. (Abends.) Credit 325,50. Staatsbahn 219,50. Lombarden 137,25. Nordwest 197,50. Markknoten 57,75. Ung. Credit 351,50. Ruhig.

Paris. (Schluß.) Rente 87,75. Anleihe 105,95. Italiener 94,20. Staatsbahn 472,50. Lombarden 308,75. do. Prioritäten —. Spanier 72⅝. Egypter 475,31. Ottomanen 537,50. Comptoir 126,00. Behauptet.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Februar 24,30, per Mai-August 24,30, behauptet. Spiritus per Februar 35,75, per Mai-August 37,75, fest. Rüböl per Februar 80,00, per Mai-August 73,00, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 202, per Mai 206. Weichend. Roggen per März 146, per Mai 148. Weichend.

London (Produkten-Bericht). Weizen stetig. Käufer zurückhaltend. Uebriges ruhig, unverändert. — Wetter: Naßkalt.

Berlin. In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrathes der Nationalbank für Deutschland in Berlin wurde seitens der Direktion die Bilanz, sowie das Gewinn- und Verlust-Konto des abgelaufenen Geschäftsjahres 1889 vorgelegt. Dasselbe ergiebt einen Bruttogewinn von 4,730,838,35 Mk.; derselbe setzt sich zusammen aus: Gewinn aus Wechselkonto Mk. 522,822, Effekten- und Konsortial-Konto 1,637,978,70, Zinsen-Konto 1,130,928,07, Provisions-Konto 1,266,650, Sorten- und Koupons-Konto 31,733, Vortrag aus dem Vorjahre 137,656; nach Abzug der Handlungsunkosten, Steuern und Abschreibungen im Gesammtbetrage v. Mk. 711,861 verbleibt ein Reingewinn von Mk. 4,015,973 = 17,85 Proz. auf ein dividendeberechtigtes Durchschnittskapital von 22½ Millionen Mk. Die für den 10. März 1890 einzuberufende Generalversammlung soll eine Dividende von 10 Proz. vorschlagen, dem Reservefonds sollen 903,915 Mk. angewiesen und nach Abzug der Tantiemen 190,017 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Exc. Kriegsminister Graf v. Fabrice ist vorgestern Abend von Berlin hier wieder eingetroffen.

— Dem Mitgliede der Turnerfeuerwehr in Niederleutersdorf, Böttchermeister Otto Andreas Krahe, ist am 2. ds. M. durch Amtshauptmann v. Schlieben das allgemeine Ehrenzeichen überreicht worden.

— Der Briefträger Gottfried Kunath in Chemnitz erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

— Oberlehrer Heinrich August Würffel in Chemnitz erhielt das Verdienstkreuz.

— Dem Kaufmann Prell-Erkens zu Leipzig wurde von Sr. Königl. Hoheit dem Prinzregenten von Bayern die Ludwigs-Medaille für Wissenschaft und Kunst verliehen.

— Wegen der Reichstagswahlen tritt im sächsischen Landtage eine Vertagung ein, wahrscheinlich vom nächsten Mittwoch ab.

— Landtag. Gestern hielt nur die erste Kammer eine Sitzung ab, welche zunächst auf Antrag der 2. Deputation (Berichterstatter v. d. Planitz) beschloß, die Petition Wagner's in Kleinwaltersdorf bei Freiberg um Uebernahme der Bergarbeiterbeiträge zur Pensionskasse auf die Staatskasse conform mit dem Beschlusse der zweiten Kammer auf sich beruhen zu lassen. Alsdann trat das Haus in die Schlußberathung über das Königl.

Dresdner Molkerei (Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42). Zur Kur: Buttermilch.

SLUB
Wir führen Wissen.